

Hamburg wagt den Neustart: Schuldenbremse lockert Investitionen!

Hamburg plant Verfassungsänderungen zur Lockerung der Schuldenbremse, um Investitionen in Bildung und Infrastruktur zu fördern.



Hamburg, Deutschland - In Hamburg hat sich am Mittwoch ein bedeutender Schritt in Richtung einer Lockerung der Schuldenbremse vollzogen. Die Hamburgische Bürgerschaft stimmte in erster Lesung für eine Verfassungsänderung, die es dem Bundesland ermöglichen wird, seine jährliche strukturelle Neuverschuldungsspielraum auf bis zu 0,35 Prozent des deutschen BIP auszuweiten. Dieses Vorhaben wurde mit 104 Stimmen befürwortet, während nur 10 Abgeordnete dagegen stimmten. Die Zustimmung kam nicht nur von der rot-grünen Koalition, sondern auch von der CDU und den Linken. Lediglich die AfD lehnte den Beschluss ab. Mit dieser Entscheidung wurde die notwendige Zweidrittelmehrheit für die Verfassungsänderung erreicht, die am 16. Juli in einer zweiten

Lesung erneut zur Abstimmung kommt, wie **NDR** berichtet.

Durch die geplanten Änderungen wird es Hamburg möglich sein, die bestehenden finanziellen Spielräume für Investitionen gezielt zu nutzen. Finanzsenator Andreas Dressel (SPD) zeigte sich erfreut über den erreichten Konsens und betonte, dass mit den neuen Möglichkeiten bis zu 400 Millionen Euro pro Jahr für Investitionen in Forschung, Bildung und Technologietransfer zur Verfügung stehen. Hinzu kommen jährlich 220 Millionen Euro über einen Zeitraum von zwölf Jahren, die aus einem 100 Milliarden Euro umfassenden Sondervermögen bereitgestellt werden sollen. Dressel möchte sicherstellen, dass diese Mittel sinnvoll eingesetzt werden.

Ein gemeinsames Ziel

Die Einigung auf die Lockerung der Schuldenbremse kommt nicht von ungefähr. Diese Maßnahme wurde notwendig, nachdem der Deutsche Bundestag Ende März eine Grundgesetzänderung beschloss. Diese Änderung ermöglicht es den Bundesländern, eine jährliche strukturelle Kreditaufnahme unabhängig von der wirtschaftlichen Gesamtlage zu tätigen, was für Hamburg von großer Bedeutung ist. Der Bürgermeister von Hamburg, zusammen mit den Fraktionen von CDU, SPD und Grünen, stellte klar, dass die Investitionen nicht für kurzfristige, konsumtive Maßnahmen verwendet werden sollen, sondern die Zukunft der Stadt gestalten sollen, so berichtet die **CDU Hamburg**.

Mit der notwendigen Klarheit in den Regeln sichern wir auch die finanzielle Handlungsfähigkeit Hamburgs, sagte Thilo Kleibauer (CDU). Milan Pein (SPD) ergänzte, dass der Ausbau der Infrastruktur in den kommenden Jahren von entscheidender Tragweite sei. Der Grüne Dennis Paustian-Döscher betonte in diesem Zusammenhang die Wichtigkeit, Klimaschutz und Bildung in den Mittelpunkt der Investitionen zu stellen. Wir müssen eine Balance zwischen notwendigen Investitionen und finanzieller Verantwortung finden, so Paustian-Döscher.

Ein Blick in die Zukunft

Die Diskussion über die Schuldenbremse hat in der politischen Landschaft viele Wellen geschlagen. Kritiker sehen sie gerne als Investitionsbremse in Zeiten, in denen massive Investitionen in die öffentliche Infrastruktur notwendig sind. Wissenschaftler wie Prof. Dr. Salvatore Barbaro weisen darauf hin, dass die Schuldenbremse im Kontext der vergangenen Jahre auch fragwürdige Auswirkungen hatte. Die Einführung führte nicht zu einer erkennbaren Anhebung der Investitionen im Vergleich zum europäischen Durchschnitt. Zudem entstand eine gewisse Skepsis hinsichtlich der positiven Auswirkungen dieser Einschränkungen auf die öffentliche Hand, wie im **Bericht von Regierungsforschung** dargelegt wird.

Mit der anstehenden Reform hat Hamburg nun die Chance, die Weichen für eine zukunftsgerichtete finanzielle Strategie zu stellen. Sollte die Entscheidung in der zweiten Lesung am 16. Juli bestätigt werden, wird dies ein Meilenstein für die Stadt und ihre finanzielle Gestaltungskraft in den kommenden Jahren sein. Die Bürgerinnen und Bürger können darauf hoffen, dass mit diesem Schritt nicht nur die Verschuldungsmöglichkeiten kommen, sondern auch ein neuer Schwung für notwendige Investitionen und Innovationen in der Hansestadt.

Details	
Ort	Hamburg, Deutschland
Quellen	• www.ndr.de • cdueh.de • regierungsforschung.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.com